

## **Beschluss des Landrats vom 26.09.2019**

Nr. 118

### **13. Decarbonisierung Gasversorgung BL** 2019/218; Protokoll: gs, bw

Der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen, sagt Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) macht eine kurze Auslegeordnung, warum dieser Vorstoss eingereicht wurde. Er hat seinen Ursprung im Grossen Rat Basel-Stadt. Die Gasversorgung im Kanton Baselland wird durch die IWB, eine Tochtergesellschaft des Kantons Basel-Stadt, erbracht. Sie betreibt und besitzt die Netze im Kanton Baselland. Das Gas, das die IWB in Baselland verteilen, geht also durch Netze, welche letztendlich Basel-Stadt gehören. Der Grosse Rat hat nun vor rund einem halben Jahr beschlossen, dass die Gasversorgung in Basel-Stadt dekarbonisiert wird; sprich: Es darf nur noch Bio-Gas an die baselstädtischen Kunden verteilt werden. Das hat zu einer langen Diskussion geführt, weil die ursprüngliche Forderung lautete, dass die gesamte IWB-Gasversorgung dekarbonisiert werden soll. Das wollte die Regierung in Basel-Stadt aber nicht; weil sie der Ansicht war, die Investitionen würden gefährdet – und die Gasverteilung ist ein gutes Geschäft für die IWB. Die Konsequenz dieses «faulen Kompromisses» in Basel ist, dass Baselland das dreckige, CO<sub>2</sub>-emittierende Gas bzw. kein sauberes Gas mehr bekommt. Das Bio-Gas geht praktisch gänzlich an die baselstädtischen Kunden.

Nun wurde aber mit einem Vorstoss im Grossen Rat zusätzlich gefordert, dass die von den IWB in den Baselbieter Gemeinden betriebenen Gasnetze quasi zwangsweise an diese übertragen werden (das ist aber noch nicht entschieden). Das wird für diese Gemeinden eine ziemlich schwierige Situation produzieren, wenn Basel dies so entscheiden sollte. Die Chance, dass der Grosse Rat entsprechend entscheiden wird, ist nicht klein. Man steht also vor der Situation, dass ein Entscheid des Grossen Rats für Baselland bezüglich Umweltthematik eine nachteilige Situation entstehen lässt: weil Bio-Gas, das teils in Baselland produziert wird, schwergewichtig nur noch in Basel-Stadt verbraucht werden soll. Die Gemeinden stehen zudem vor einer ungewissen Zukunft, weil sie zwar Konzessionen für die Gasnetze bekommen, diese aber allenfalls von den IWB übernehmen müssen; weil die IWB diese sonst eventuell gar nicht mehr gebrauchen darf. Diese Situation ist relativ schwierig. Man ist darum gut beraten, die Lage bezüglich der Gasnetze sorgfältig zu analysieren und rechtzeitig dafür zu sorgen, dass die eigenen Interessen, vor allem jene der Gemeinden, gewahrt bleiben. Der zweite Aspekt ist nach der Einreichung des Vorstosses des Redners entstanden. Es ergeben sich dadurch zusätzliche Facetten, die wirklich sorgfältig angeschaut werden müssen.

Der ursprüngliche Vorstoss hatte klar eine umweltpolitische Stossrichtung. Es dürfte mittlerweile allen klar sein, dass man die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren muss. Es ist auch klar, dass man dies nicht von einem auf den andern Tag machen kann. Die Zielsetzung des Bundes ist die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis ins Jahr 2050. Wenn man die Lebensdauer von (Gas-)Heizungen ansieht, so redet man von 15 bis 25 Jahren. Man kann niemandem sinnvollerweise zumuten, bereits installierte Heizungen zu demontieren. Heute muss man aber dort, wo CO<sub>2</sub> produziert oder emittiert wird, Gegensteuer geben – weil es eben 15 bis 25 Jahre dauert, muss man heute anfangen; auch beim Gas. Erdgas produziert CO<sub>2</sub> – das muss geändert werden. Gas kann auch in Zukunft ein Energieträger sein, aber sinnvollerweise nur der Bio-Teil, wie er etwa als Abfallprodukt der Kläranlagen auch im Baselbiet (ARA Rhein, Biopower der EBL) entsteht. Das soll weiter seine Berechtigung haben. Langfristig aber hat und darf das Gas für die Beheizung der Häuser keine Rolle mehr (zu) spielen. Das muss nicht sofort der Fall sein – man muss aber jetzt den andern Weg einschlagen. –

Der Redner will nun der Debatte zuhören und überlegen, ob die Motion allenfalls in ein Postulat umgewandelt wird, wie die Regierung es vorschlägt. Angesichts der Tatsache, dass wirklich eine neue Situation eingetreten ist – mit der potenziellen Forderung, dass die Gemeinden das Gasnetz übernehmen müssen, was massive finanzielle Konsequenzen haben könnte – ist es denkbar, die Sache nicht nur auf die CO<sub>2</sub>-Thematik hin anzusehen, sondern als Ganzes. Mit Blick auf die finanziellen Herausforderungen könnte es sinnvoll sein, die Thematik entsprechend weiter zu fassen und zu prüfen.

Gemäss **Urs Schneider** (SVP) ist eine CO<sub>2</sub>-neutrale Gasproduktion und -netzeinspeisung sicherlich anzustreben. Wie gesagt wird dies bereits jetzt schon gemacht – wenn auch nur zu einem kleinen Prozentsatz. Die SVP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Man will dies nicht gesetzlich festlegen und auch keinen Zeithorizont bis 2030: Das ist nicht realistisch. Einzelne Fraktionsmitglieder werden allenfalls ein Postulat unterstützen, damit man sauber abklären kann, wie es weitergehen könnte.

Die SP-Fraktion wird die Motion oder auch ein Postulat unterstützen, sagt **Thomas Noack** (SP). Man muss auch in der Gasversorgung klare Verhältnisse schaffen – und dies möglichst schnell. Man weiss im Moment nicht, was die Strategie der IWB punkto Gasversorgung in Baselland ist. Es ist ein wichtiger erster Schritt zu sagen, dass das verteilte Gas immer mehr CO<sub>2</sub>-frei sein muss. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Man muss auch berücksichtigen, dass langfristige Investitionen betroffen sind – die Gasnetze bedingen grosse Investitionen mit langfristiger Abschreibungsdauer. Die Investition in jede Heizung ist für die Privaten eine grosse Angelegenheit – das hat ebenfalls eine lange Lebenszeit. Je schneller man weiss, in welche Richtung es geht, umso schneller kann man klare Verhältnisse für alle Beteiligten schaffen. Darum wird die Motion befürwortet, weil man damit weiss, wohin man geht.

**Markus Dudler** (CVP) sagt einleitend, dass die CVP/GLP-Fraktion weder eine Motion noch ein Postulat unterstützt. Es geht darum jetzt rein um den Inhalt des Vorstosses: Das Thema Gas wird noch längerfristig beschäftigen – weil eine Dekarbonisierung ein längerfristiges Ziel sein muss. Man muss zudem bedenken, dass Gas auch als Energiespeicher dienen kann, der über längere Zeit verlustfrei ist. Man kann aus CO<sub>2</sub> plus dem Einsatz von Strom aus alternativen Energie ein Gas herstellen, das man in die Netze einspeisen kann. Der Redner ist nicht der gleichen Meinung wie Klaus Kirchmayr, wonach Gas keine Zukunft mehr als Heizenergie habe. Im Kanton geht man von der Strategie aus, dass die Gasheizungen ersetzt werden. Das widerspricht aber etwas den Forderungen: Wenn man eine Dekarbonisierung anstrebt, braucht es grosse Investitionen in die Anlagen und ins Verteilnetz. Da bestehen für die Fraktion grosse Fragezeichen. Darum wird der Vorstoss in dieser Form nicht unterstützt.

**Thomas Eugster** (FDP) spricht zunächst zum Aspekt des Gasnetzes und der Geschichte mit der IWB. Es gibt dazu bereits ein Postulat von Rolf Blatter (FDP, 2019/588), das genau dieses Thema aufnimmt. Wenn man jetzt über den vorliegenden Vorstoss spricht, bezieht der Redner sich nur auf das Thema, das konkret angesprochen ist – die Dekarbonisierung. Die Fraktion kann die Motion nicht unterstützen. In Energiefragen ist man ganz grundsätzlich gegen Verbote für einzelne Energieträger. Man setzt weiterhin aufs Verursacherprinzip, auf Anreizsysteme und auf die Eigenverantwortung. Man will nicht, dass bloss mit Verboten und Vorschriften agiert wird. Es kommt ein anderer Punkt hinzu: Die Forderung ist unrealistisch. Wie will man zu CO<sub>2</sub>-neutralem Gas kommen? Natürlich kann man Bio-Gas nehmen. Dessen aktueller Anteil lag 2017 bei 25 %. Man muss aber sehen, wie Bio-Gas hergestellt wird. Man kann diese Herstellung von Bio-Gas nicht beliebig steigern. Es stammt aus den Kläranlagen – es gibt aber nicht plötzlich viel mehr Klärabfälle. Auch die Haushaltsabfälle nehmen nicht einfach so zu, sodass man plötzlich auf einen Anteil von 100 %

kommen könnte – und schon gar nicht bis 2030. Natürlich kann man sagen, man kaufe einfach CO<sub>2</sub>-Zertifikate, dann ist man auch neutral unterwegs. Das ist aber wiederum eine Vermischung. Im CO<sub>2</sub>-Gesetz geht es darum, wie man die einzelnen Energieträger besteuert. Das heisst: Der Vorstoss ist in der vorliegenden Form nicht realistisch. Das ist der Grund, warum die Mehrheit der Fraktion auch eine Überweisung als Postulat nicht unterstützt. Einzelne Mitglieder der Fraktion sagen, die Regierung solle in einem Bericht aufzeigen, dass der vorgeschlagene Weg nicht realistisch ist – grossmehrheitlich besteht aber die Meinung, dass man schon bei Betrachtung der Eckwerte erkennt, dass der Weg nicht realistisch ist; weshalb ein Bericht gar nicht nötig ist.

**Hanspeter Weibel** (SVP) ist dankbar für die Aussagen von Thomas Eugster: Bei den ersten Voten dachte der Redner erst, er habe in der Physikstunde einen Fensterplatz gehabt. Der Vorredner hat nun aber gesagt, dass der Anteil von Bio-Gas etwa 25 % ausmacht. – Im Zusammenhang mit einem Erdgasprojekt wurde der Redner einst informiert, dass es transeuropäische Leitungen gibt. Eine dieser Leitungen führt von Genua aus an Füllinsdorf vorbei nach Norden. Dort kommt das Gas raus, das in Genua eingespiessen wird. Man fragt sich, wo und in welchem Zeitpunkt das Genueser Gas dekarbonisiert werden soll. Die Physik zu überlisten dürfte für den Regierungsrat bei der Berichterstattung eine spezielle Herausforderung sein. Darum sollten solche Vorstösse, bei denen es Limitierungen in der technischen Umsetzung gibt, nicht überwiesen werden.

Die Limitierungen, so sagt **Urs Kaufmann** (SP), sind aus heutiger Sicht vielleicht da – das muss in Zukunft aber nicht mehr so sein. Man hat mit den erneuerbaren Energien teils Stromüberschüsse. Sie spielen eine wichtige Rolle, um CO<sub>2</sub>-neutrales Methan zu erzeugen und im Gasnetz zu verteilen und zu speichern. Insofern kann das Gasnetz in Zukunft eine wichtige Rolle haben – das muss man aber richtig aufgleisen, damit man vom normalen Erdgas in Richtung CO<sub>2</sub>-freies Gas kommt. Dann ist auch der Widerspruch, den Markus Dudler angesprochen hat, aufgehoben – das Gasnetz wird es als Energiespeicher weiterhin brauchen. Wenn man im Netz CO<sub>2</sub>-neutrales Gas hat, kann man auch die Gasheizungen weiter betreiben. Insofern ist es eine gute Strategie, in diese Richtung zu gehen, das Gas als Speicherenergie einzusetzen und möglichst CO<sub>2</sub>-neutrales Gas zu haben. Der Vorstoss ist sehr zukunftsgerichtet und kann eine zentrale Bedeutung bekommen, wenn es um die Frage geht, ob man genügend Speicherkapazitäten für die erneuerbaren Energien hat. Darum soll der Vorstoss als Motion oder mindestens als Postulat überwiesen werden.

**Bálint Csontos** (Grüne) dankt Urs Kaufmann, dass dieser das Thema Power-to-gas aufgebracht hat. Dazu nur eine Bemerkung: Es war die FDP, die im letzten Wahlkampf erklärt hat, dank Power-to-gas sei jetzt auch sie eine grüne Partei. Es ist weiter auf das Votum von Thomas Eugster einzugehen, dass es kein CO<sub>2</sub>-neutrales Gas gebe – das ist richtig, aber man kann verbrennen und insgesamt einen CO<sub>2</sub>-neutralen Prozess haben. Das weiss die FDP. Zur Frage der Jahreszahlen: Beim Thema, ob man 2030 CO<sub>2</sub>-neutral ist, geht es nicht darum, ob das realistisch ist oder nicht. Man muss alles daran setzen, dieses Ziel zu erreichen. Wenn man es weltweit schafft, hat man eine 66%-Wahrscheinlichkeit, dass man das 1,5-Grad-Ziel erreichen kann, worauf sich die Weltgemeinschaft und die Schweiz geeinigt haben. Wenn man aber von Anreizen und Eigenverantwortung spricht, das rote Knöpfchen drückt und bis 2050 zuwartet, hat man eine 50%-Wahrscheinlichkeit, dass das Klima schon gekippt ist und das 2-Grad-Ziel gar nicht mehr zu erreichen ist; weil sich die Klimathematik durch Kurzschlusseffekte nochmals verstärkt. Es ist also nicht die Frage, wie realistisch das Ziel ist – sondern: Wieviel geben wir? Es gibt zuletzt so etwas wie das unternehmerische Risiko. Es gab eine kurze Zeitspanne in der Klimapolitik, in der man wissenschaftlich hinterlegt sagen konnte, Gas sei eine Übergangstechnologie zum Erdöl – und es sei sinnvoll, wenn man eine oder zwei Generationen von Gasheizungen habe. Man dachte aber nicht daran, dass genau das passieren würde, was jetzt passiert ist: dass grundsätzlich nichts gemacht wird. Das Klima ist heute nicht mehr in einem Zustand, der es erlau-

ben würde zu sagen, Gas sei eine Übergangstechnologie. Man muss von Erdöl und Erdgas direkt zu CO<sub>2</sub>-neutralen Technologien kommen. Alles andere ist nicht mit dem Klima-Übereinkommen, das man unterzeichnet hat, vereinbar. Die Technologie Erdgas wird an ein Ende kommen – und es gibt den Punkt, an dem sich eine Investition nicht mehr lohnt. Es dürfte heute kein Unternehmen mehr auf dem freien Markt geben, das in diese Sparte investiert. Der Redner möchte auch nicht, dass die Gemeinden am Schluss gezwungen sind, eine unsinnige Investition zu tätigen und ein Netz zu übernehmen, das es eigentlich nicht mehr braucht und nicht mehr geben sollte bzw. das ganz anders genutzt werden sollte. Darum – im Interesse der Gemeinden, die potenziell betroffen sein könnten – soll das Postulat (wenn umgewandelt wird) überwiesen werden.

**Thomas Noack** (SP) sagt zum Thema Eigenverantwortung: Beim Thema Gasnetz ist das eine ganz schwierige Geschichte. Man muss dort klare politische Richtlinien schaffen. Darum wird der Vorstoss auch weiterhin – als Motion oder als Postulat – unterstützt. Man muss als Politiker aktiv werden und Rahmenbedingungen für die Zukunft setzen.

Die Grünen, so sagt **Klaus Kirchmayr** (Grüne), werden manchmal als Dogmatiker hingestellt und als jene Kraft, welche nicht hinhört. Der Vorstoss hier hat einen anderen Hintergrund. Man hört sehr wohl, was eine FDP verkündet, just auch zum Thema Power-to-gas und zu längerfristigen Strategien zur weiteren, CO<sub>2</sub>-freien Nutzung des Gasnetzes. Die Motion will genau eine solche Strategie – und eine Brücke zur FDP bauen. Die Sorge um das Klima kann nicht mehr gleichgültig lassen. Der Weltklimarat hat vor zwei Tagen die neuesten Prognosen bekannt gegeben – man muss ab 2030 oder 2040 jährlich mit Extremwetterereignissen rechnen – und nicht mehr nur im 10- oder 15-Jahre-Rhythmus. Das bedeutet steigende Prämien für die Versicherungen der Hausbesitzer; es bedeutet steigende Katastrophenschutzkosten etc. Es ist an uns, den Kurs zu ändern und jetzt die Möglichkeiten zu nutzen, um längerfristig die Weichen zu stellen. Die Gasversorgung zu dekarbonisieren, ist machbar mit dem bestehenden Netz. Es ist auch ökonomisch richtig. Man will gleich lange Spiesse zwischen den beiden Kantonen. Es kann nicht sein, dass man als Politiker in solchen Fragen ungleich lange Spiesse zulässt. Es gibt sehr wohl eine politische Verantwortung, dass man hier handelt. In diesem Sinn ist es wichtig, dass man das Thema konzertiert angeht und wirklich eine Strategie entwickelt.

Im Sinne eines Brückenschlags wird die Motion darum in ein Postulat umgewandelt – verbunden mit der Bitte an die Ratsrechte, ihre Verantwortung zu übernehmen und der Regierung den Auftrag zu geben, den sie ja auch entgegen nehmen will. Es kann doch nicht sein, dass man die wenigen Hebel, die man hat, nicht nutzt – eine Dekarbonisierungsstrategie ist etwas, das man im Griff hat. Man hat die Konzessionierungen für die Netze und ist eingebunden in eine Region, wo ein wichtiger Partner die entsprechenden Weichen schon gestellt hat. Darum ist es ökonomisch wie auch punkto Klimaschutz richtig, vorwärts zu machen.

**Andi Trüssel** (SVP) muss einige Dinge auf das Votum von Klaus Kirchmayr erwidern. So viele «wenn» waren zu hören. Wenn die Schweiz das CO<sub>2</sub>-Problem bis 2030 gelöst hat... Dazu eine Anmerkung: Pro BIP-Franken hat die Schweiz den kleinsten CO<sub>2</sub>-Ausstoss der westlichen industrialisierten Länder. Man poliert also einen i-Punkt, der bereits auf Hochglanz ist. Man hat vier Länder, welche dem Übereinkommen nicht zugestimmt haben (wofür notabene ungezählte Leute um die Welt gejettet sind – und dies kaum CO<sub>2</sub>-neutral). Diese vier Länder stossen ein Mehrfaches an CO<sub>2</sub> aus – und hier hat man das Gefühl, man könne mit den eigenen 0,1 % der Gesamtbelastung das Klima retten. Mit dem Effekt allerdings, dass die Eigenverantwortung mit den getroffenen Massnahmen (Verbote oder was auch immer) ausgeklammert und die Arbeitsplätze noch teurer gemacht werden. Mit dem Effekt auch, dass die wertschöpfende Tätigkeit in der Schweiz, die es hier braucht, weiter abnimmt; weil man lieber nach Osteuropa oder in den Fernen Osten geht. Man kauft die Solar-Panels in China – dort interessiert es niemanden, welche Menschenrechts- und

Umweltbedingungen herrschen. Man kauft einfach nach dem St.-Florians-Prinzip ein. So geht es nicht. Die SVP wird auch das Postulat nur zu einem kleinen Teil unterstützen (auch wenn die Umwandlung an sich verdankenswert ist).

Die FDP wurde zuvor angesprochen, sagt **Thomas Eugster** (FDP), namentlich zum Thema Power-to-gas. Das ist eine Möglichkeit, die man explorieren muss. Man muss sich aber bewusst sein: Power-to-gas hat im Moment einen relativ schlechten Wirkungsgrad. Was es braucht, ist ein Wettbewerb der Technologien, damit man wirklich gute Lösungen bekommt. Man muss mehr Forschungsgelder haben, die in den Energiesektor gehen. Im Moment fliesst fast kein Geld dorthin. Immer aber, wenn man reguliert oder ein Verbot aufstellt, legt man sich auf die Lösung fest, die sich gemäss diesem Verbot herauskristallisiert – für den Rest macht man aber nichts mehr. Das ist die Problematik des Vorstosses: Wenn man bis 2030 dekarbonisieren will, läuft das mehr oder weniger auf ein Verbot hinaus; weil man weiss, dass man bis 2030 technisch nicht so weit sein wird. So geht es eben in Richtung Verbot, was den Wettbewerb ausschliesst. Darum wird auch ein Postulat grossmehrheitlich abgelehnt (auch wenn die Umwandlung begrüsst wird).

Klaus Kirchmayr hätte es mit dem Gemeinde-Argument fast geschafft, **Christof Hiltmann** (FDP) zu überzeugen; vor allem auch mit dem Thema Risiko (wenn die Gemeinden quasi abgespalten werden). Wie Thomas Eugster aber gesagt hat, gibt es dazu aus den Reihen der FDP bereits einen Vorstoss. Klaus Kirchmayr wurde also überholt. Darum braucht es dessen Postulat in dieser Hinsicht nicht mehr. Der Rest, der bleibt, ist der klimapolitische Teil. Es wurde schon erwähnt, was man eher befürwortet und was nicht. Schwierig ist es, mit Verboten zu arbeiten respektive auf einzelne Technologien zu setzen. Was man damit anrichtet, sieht man ganz eklatant mit der einseitigen Förderung der Solartechnologie, die übrigens technologisch je nach Analyse auch nicht über alle Zweifel erhaben ist. Damit aber wurde die ökologisch interessanteste Stromproduktion – jene der Flusskraftwerke – preislich am Boden zerstört. Das war kaum im Sinne des Erfinders. Wer einzelne Technologien fördern will und mit Verboten in eine Richtung drängt, wird scheitern. Die Verantwortung der Politik ist es, eine umfassende Informationslage zu den ökologisch wirksamsten Energien zu haben. Dass manchmal auch bestimmte Interessen dahinter stehen (aus welcher Richtung auch immer), ist klar. Die Verantwortung ist es aber, ungeachtet dieser Partikularinteressen die Leute mit Informationen zu versorgen, was ökologisch sinnvolle Lösungen sein können – für die Gebäudetechnologie, für Heizungen, für das Gewerbe etc. Insofern ist die Sympathie für das Postulat an einem sehr kleinen Ort.

Andi Trüssel hat auf die volkswirtschaftlichen Auswirkungen aufmerksam gemacht, sagt **Urs Kaufmann** (SP). Er hat die Sache aber wohl falsch gesehen. Heute schickt man mit dem Gaseinkauf sehr viel Geld nach Russland – genau da besteht die Chance, die Thomas Eugster angesprochen hat: Man soll möglichst schnell dahinter gehen und selber die Technologien entwickeln, um CO<sub>2</sub>-neutrales Gas zu erhalten. So bleibt die Wertschöpfung hier und das Geld fliesst nicht ab. Insofern ist das Projekt volkswirtschaftlich sehr interessant. Dank dem politischen Vorstoss kann man möglichst schnell in diese Richtung gehen. Und: Die Marktwirtschaft alleine (dies an Christof Hiltmann) kann hier nicht funktionieren. Es ist ein netzgebundener Energieträger, der noch weitere Funktionen (als Energiespeicher) übernehmen müssen. Dafür braucht es einen Input, damit es in eine bestimmte Richtung geht. Man kann nicht einfach warten, bis irgendwann alle Leute Bio- oder CO<sub>2</sub>-neutrales Gas bestellen. Man muss ein Zeichen setzen – darum spricht alles für eine Motion, aber auch ein Postulat ist ein guter erster Schritt.

**Bálint Csontos** (Grüne) wendet sich an die Anwesenden und speziell die russischen Erdgaslobbyisten: Der Redner lädt zu einem Wettbewerb ein – zu einem Wettlauf zum Törl. Wer will, kann auch Umwege nehmen. Man kann auch bei der SBB-Barriere ein Ziel einrichten. So funktioniert

der Wettbewerb dann aber eben nicht; wenn man keine Zielvorgabe hat. Die Vorgabe ist, dass alle in die gleiche Richtung laufen – und die Frage ist dann, wer am schnellsten ist bzw. wer die beste Technologie hat. Darum: Lancieren wir den Wettbewerb um die beste CO<sub>2</sub>-neutrale Heiztechnologie! Alles andere wäre fahrlässig.

**Saskia Schenker** (FDP) weiss nicht, ob sie betreffend Erdgaslobby etwas erwidern soll – die Aussage machte etwas sprachlos. Es soll aber um die Inhalte gehen: Wenn Klaus Kirchmayr konkretisieren würde, was effektiv die Forderung im Postulat ist, wäre dies hilfreich. Wie aber bereits mehrmals gesagt: Es gibt wirklich ein Problem, wenn es heisst, «spätestens ab 2030 soll nur noch CO<sub>2</sub>-neutral produziertes Gas» möglich sein. Man ist gegen solche Verbote. Man hat keine Ahnung, ob das überhaupt möglich ist und welche Auswirkungen es hat – und ob es schlicht dazu führt, dass die Leute, die eine Gasheizung haben, sich ab einem bestimmten Zeitpunkt das Gas nicht mehr leisten können. Man muss also erst einmal eine Strategie haben. Der Regierungsrat schreibt in seiner Begründung zu Recht, dass man eine Dekarbonisierungsstrategie und überhaupt den Energiemix prüfen muss – letzteres ist aber bereits in einem überwiesenen Postulat von Christoph Buser drin. Und zweitens sagt der Regierungsrat, er sei bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen, um die Dekarbonisierung der Gasversorgung im Rahmen der Überprüfung der Zielerreichung beim Energiegesetz (die sowieso gemacht werden muss) zu prüfen. Diese Auslegeordnung im Sinne des Regierungsrats ist aber etwas ganz anderes als das, was Klaus Kirchmayr verlangt (auch wenn jetzt in ein Postulat umgewandelt wurde). Da bedarf es einer Klärung.

**Markus Graf** (SVP) fragt, wie CO<sub>2</sub>-neutral Biogas denn sei. «Biogas» hört sich gut an. Es lohnt sich jedoch, einen Blick über die Grenze zu werfen. Der Redner besichtigte Biogasanlagen in Deutschland. Die Bundesregierung fördert Biogas im Rahmen der Energiewende seit über zehn Jahren. Was ist geschehen? Investoren stellten auf Bauernhöfen Biogasanlagen auf. Die Bauern betreiben diese für einen Hungerlohn. Eine Biogasanlage funktioniert nur, wenn hochwertige Energie zugeführt wird. Das bedeutet, dass hauptsächlich Mais und – man höre und staune – sogar Weizen, aufgrund des hohen Energiewerts, in die Anlage eingespeist werden. In Deutschland führte dies zu einer Vermaisung der Landschaft und zu Monokulturen. Ist das das Ziel? Nur mit Grünabfällen und Hausabfällen lässt sich keine Energie gewinnen. Bedenkt man, dass weiter im Süden Leute hungern, ist die Verwendung von bestem Weizen zur Energiegewinnung noch viel tragischer. So funktioniert aber die grüne Politik: Oberflächlich betrachtet hört sich alles gut an. Kratzt man die grüne Oberfläche ab, bleibt nicht viel vom guten Eindruck übrig.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) antwortet auf die Frage von Saskia Schenker: Der Redner wandelte seinen Vorstoss in ein Postulat um. Ihm geht es um eine Strategie und um eine Gasauslegeordnung, die dazu dienen soll, möglichst schnell eine CO<sub>2</sub>-neutrale Gasnutzung zu erreichen. Auch eine Strategie, wie mit dem bestehenden Netz umgegangen werden soll, ist vonnöten.

**Andi Trüssel** (SVP) schliesst sich Markus Graf an. Alle Überlegungen der Grünen sind subventionsgetrieben. Betrachtet man die Stromrechnung, so machen Gebühren und Abgaben 60 % der Rechnung aus, 40 % verteilen sich auf die bezogene Arbeit. Der Redner hat als Bundeskommissär Einsitz im Verwaltungsrat des Kraftwerks Birsfelden. Dieses hat einen Vertrag mit der Swissgrid. Das Kraftwerk Birsfelden produziert für 2,3 Rappen ab der Klemme. Wenn es am Mittag windet und die Sonne scheint, kauft die Swissgrid die Kilowattstunde billig ein respektive der Erzeuger erhält noch zwischen drei und fünf Eurocent dafür. Der Vertrag zwischen Kraftwerksdirektor und Netzbetreiber hat zur Folge, dass der Direktor das Wasser über das Wehr ablässt und keinen Strom produziert. Was er bekommt, ist deutlich günstiger als der Businesscase der Stromproduktion, der aufgrund der laufenden Maschinen auch Wartung und Unterhalt der Generatoren und Turbinen beinhaltet. Das führt so weit, dass mittlerweile Grossfir-

men in der Schweiz Vorschläge von deutschen Stromlieferanten erhalten: «Wir liefern die Kilowattstunde mit fünf Eurocents angehängt.» In welche Richtung geht man eigentlich? Das geht doch so nicht.

An Klaus Kirchmayr: Jetzt wird nur das Gas angeschaut. Redet man jedoch von CO<sub>2</sub>, sind noch viele andere Aspekte zu berücksichtigen. Das Postulat soll zurückgezogen und gesamtheitlich formuliert werden.

**Christof Hiltmann** (FDP) möchte auf die süffisante Bemerkung von Bálint Csontos replizieren. Lieber Bálint und liebe Biogas- und Solartechnologielobbyisten: Die Wahrheit ist meist ein wenig komplexer. Mit Subventionen und einseitiger Förderung von einzelnen Energieformen schadet man meistens der unbestritten ökologischen Energiegewinnungsform der Wasserkraftwerke. Es geht noch weiter. Am Wasserkraftwerk hängen Fernwärmenetze. Halb Birsfelden wird mit der Restwärme des Kraftwerks gespeist. Wenn das aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden muss, weil in Deutschland Solartechnologie gefördert wird, die momentan noch nicht ökologisch produziert werden kann, dann ist das stumpfsinnig. Die FDP-Fraktion plädiert dafür, nicht einzelne Technologien gegeneinander auszuspielen, sondern eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Schlussendlich ist dennoch Eigeninitiative und Eigenverantwortung jedes Einzelnen gefragt, mit dem bestehenden Wissen so umzugehen, dass man sich klimaefizient bewegt. Man kann das Fliegen verbieten, was sehr wahrscheinlich einem Wunschscenario der Grünen entspricht, aber hoffentlich nie zustande kommt. Jeder weiss, dass Fliegen relativ klimaschädlich ist. Jedem steht offen, ein Flugzeug zu betreten oder nicht. Allein deshalb ein Verbot für etwas auszusprechen, was einigen nicht passt, geht einfach zu weit.

**Andreas Dürr** (FDP) hat eine technische Anmerkung: Klaus Kirchmayr hat mit sehr blumigen Worten und einfühlsam wie immer seine Motion in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat heisst nun «Dekarbonisierungsstrategie Baselland». Saskia Schenker fragte, wie das Postulat aussehe. Sollte der Landrat den Vorstoss überweisen, wird dennoch der bestehende Textinhalt überwiesen. Die Kommission, die sich in einem Jahr damit beschäftigt, hat dann diesen Text vor sich liegen. Der Votant ist der Ansicht, dass ein anderer Inhalt eine Anpassung der Formulierung nach sich ziehen sollte. Deshalb der Vorschlag, den Vorstoss zurückzuziehen und nochmal neu einreichen. Erst denken, dann schreiben und während dem Schreiben überlegen, was das Parlament dazu sagen könnte und welche textlichen Änderungen eine Umwandlung in ein Postulat nach sich ziehen würde. Schlussendlich entscheidend ist das geschriebene Wort. Wenn über die Überweisung eines [modifizierten?] Postulats abgestimmt wird, will der Redner den Inhalt kennen, der schriftlich vorliegen muss. Andernfalls wird aufgrund des vorliegenden Texts entschieden. Diesem kann die FDP-Fraktion so nicht zustimmen.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) will die Diskussion nicht verlängern und schickt voraus, dass der Regierungsrat bereit sei, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und dann das tue, was er sowieso immer mache: nämlich das, was er will. *[anhaltendes Gelächter]*.

Ernsthaft: Der Regierungsrat würde den beschriebenen Auftrag entgegennehmen und in die im Energiegesetz definierte Gesamtprüfung integrieren. Dass man sich Überlegungen macht, ist richtig. Unrealistisch ist aber, das reale Problem der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die damit zusammenhängende CO<sub>2</sub>-Problematik, wie es in 100 Jahren aufgebaut wurde, innert zehn Jahren zu lösen. Dennoch muss damit begonnen werden, weshalb der Regierungsrat bereit ist, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, wie mit der Thematik Erdgas und Erdgasnetz umzugehen ist. Das Netz ist eine Realität und auf längeren Gebrauch ausgelegt, als möglicherweise die Verwendung des Gases selbst gewünscht ist. Hier kann es eine Diskrepanz geben. Das Netz lässt sich jedoch auch für andere Gase verwenden. Es gibt jedoch nur sehr we-

nige – etwa ein Prozent – Alternativen. Gerade deshalb ist es aber richtig, sich über die mittelfristige Verwendung des Netzes Gedanken zu machen.

**Andreas Dürr** (FDP) meint, Regierungspräsident Isaac Reber habe dem Landrat nun eine Erkenntnis übermittelt, die bereits vermutet wurde. [*Heiterkeit*]. Der Redner pocht auf das Gewaltentrennungsprinzip: Der Regierungsrat hat das zu prüfen, was der Landrat überweist. Der Regierungsrat kann dies nicht in der Art entgegennehmen, wie er es gerade interpretiert. Damit verbunden ist der Anspruch an den Landrat, sauber zu postulieren. «Postulare» heisst fordern. Es geht nicht, lausig zu postulieren und der Regierungsrat nimmt den Vorstoss so entgegen, wie er gerade Lust dazu hat – und nach zwei Jahren erhält der Landrat einen süffigen Kommissionsbericht. So geht es nicht. Es braucht klare Antworten auf klare Fragen. Aus diesem Grund ist dieses Wischiwaschi abzulehnen.

**Markus Dudler** (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion kann angesichts der Formulierung auch nicht hinter einem Postulat stehen. Eine konkrete Fragestellung, zu der berichtet werden könnte, ist nicht ersichtlich. Es handelt sich um eine reine Forderung. Die CVP/glp-Fraktion lehnt Motion wie auch Postulat ab.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hat deutlich gesagt, in welchem Verständnis der Regierungsrat bereit sei, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Wird es in diesem Verständnis überwiesen, wird es auch so geprüft. Die Haltung des Regierungsrats ist bekannt. Die Bereitschaft der Entgegennahme gilt nur für das, was deklariert und dem Landrat zur Kenntnis gebracht wurde. Nun befindet man sich in einer formalen Diskussion. Schlussendlich geht es darum, ob man sich diesem Thema annimmt oder nicht.

://: Mit 46:37 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss, auch nach der Umwandlung in ein Postulat, abgelehnt.

---